

DEUTSCHLAND BRAUCHT WIEDER PRIORITÄTEN, DIE ES SCHON EINMAL GAB

Eine Nation, für die keiner kämpft, ist zum Scheitern verurteilt

Unsere Armee ist seit der Wiedervereinigung in das gesellschaftliche Abseits geraten, so recht wusste keiner mehr etwas mit ihr anzufangen. ‚Ewig gestrig‘ hieß es, ‚die Zeichen der Zeit nicht erkannt‘, ‚Militär braucht keiner mehr!‘ Soldaten wurden an den Rand der Gesellschaft gedrängt - den Salat aus dieser Geisteshaltung haben wir nun: Die Bundeswehr ist zur Verteidigung unseres Landes nicht in der Lage sagt höchstamtlich Verteidigungsminister Boris Pistorius. Die diversen Reduzierungsrunden seit den 1990 er Jahren haben einen teuren Torso zurück gelassen, der sich mit der verlogenen Bezeichnung *Einsatzarmee* auf Auslandseinsätze zu konzentrieren hatte. Dass Soldaten freies Bahnfahren zugesagt werden musste, damit hin und wieder Militär in der Öffentlichkeit zu sehen ist, sagt schon fast alles. Der Ukrainekrieg sollte nun zu einer Zeitenwende führen, wurde in Berlin verkündet und die Bundeswehr zur stärksten Armee Europas werden. Politische Ziele zu setzen ist das eine. Deren Erfolgsaussichten hängen aber auch von der Unterstützung der Gesellschaft ab. Wenn dort andere Prioritäten herrschen, werden sich Regierung und Parlament schwertun, gegenläufige Entscheidungen durchzusetzen. Unter Beibehaltung der Schuldenbremse muss der zusätzliche Finanzbedarf der Armee zu Sparmaßnahmen an anderen Stellen führen. So genannte Sondervermögen sind nur vorübergehend eine Hilfe. Eine höchst relevante Frage ist daher, wie die Bevölkerung reagiert, wenn beispielsweise der Sozialetat zugunsten der Armee beschnitten werden sollte. Ist es tatsächlich gesellschaftlicher Konsens, der Bundeswehr erheblich mehr Geld zu geben und dafür an anderer Stelle zu sparen?

Schaut man auf das Vertrauen der Deutschen in die Bundeswehr, ergibt sich laut dem Eurobarometer der Europäischen Kommission nach einer Umfrage vom Frühjahr 2023 mit rund 69 Prozent eine



Foto: Angie Ehinger

weit überwiegende Zustimmung. Immerhin jeder Vierte der Befragten äußerte aber Misstrauen der Bundeswehr gegenüber. Die Zustimmung- bzw. Ablehnungsrate liegt in etwa gleich hoch wie vor Beginn des Ukrainekrieges.¹ Ein erstaunliches Ergebnis wenn man bedenkt, dass in Kriegszeiten die stärker empfundene äußere Bedrohung die Misstrauenswerte eigentlich dämpfen sollte. Dem Meinungsforschungsinstitut Allensbach zufolge bereitet der Krieg in der Ukraine 85 Prozent der Menschen hierzu große Sorgen. Das dürfte dazu geführt haben, dass sich bei Fragen nach der Bedeutung der Bundeswehr als Verteidigungsmacht die Werte etwas gebessert haben. Dort scheint der Bedrohungsreflex halbwegs zu funktionieren.

Die vordergründige Zustimmung von mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung zur Bundeswehr ist die eine Seite. Ganz anders sehen die Ergebnisse aus, wenn nach den persönlichen Handlungsweisen im Falle konkreter Kriegsgefahr gefragt wird: *„Einmal angenommen, es würde sich ein militärischer Angriff auf Deutschland abzeichnen, vergleichbar mit dem im Februar 2022 begonnenen russischen Angriff auf die Ukraine. Was ... würden Sie persönlich in einer solchen Situation am ehesten tun?“* Die Antworten auf diese repräsentative DPA-Umfrage sind höchst bedenklich. Lediglich fünf Prozent würden sich freiwillig zum Kriegsdienst melden und nur gut jeder zehnte Bundesbürger wäre demnach bereit, sein Land mit der Waffe zu verteidigen. 33 Prozent würden versuchen, das gewohnte Leben weiterzuführen und den Krieg ignorieren. Fast jeder vierte Deutsche würde im Falle eines Angriffes so schnell wie möglich das Land verlassen.² Der Fluchtrefflex als bequeme Lösung. Um die Erhaltung unseres freiheitlichen Rechts- und Sozialstaates sollen sich andere kümmern! Nun sind Umfragen das eine, das Verhalten der Bevölkerung unter tatsächlicher Bedrohung möglicherweise etwas anderes. Dennoch sind dies deutliche Hinweise, dass es bei uns verglichen mit anderen Ländern an Gemeinschaftssinn mangelt und egoistische Verhaltensweisen dominieren. Mehr ICH als WIR in unserer Gesellschaft. Alarmierende Zeichen einer unzureichenden Wehrbereitschaft, die aktive Soldaten hoffentlich nicht auf die Idee kommen lässt sich zu fragen: „und dafür soll ich meine Haut hinhalten“? Hierzu passt irgendwie auch, dass sich ausgechnet seit Beginn des Ukrainekrieges die Anzahl an Kriegsdienstverweigerern verdreifacht hat. Die Deutschen wollen nicht mal mehr für sich selbst in den Krieg ziehen, könnte man resümieren. Zudem sind die Bewerberzahlen für den Dienst in den Streitkräften trotz verstärkter Werbemaßnahmen rückläufig. Schlechte Nachrichten für die Truppe, dabei soll die Anzahl aktiver Soldaten von 183.000 bis 2030 auf 203.000 ansteigen. Das

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/377235/umfrage/umfrage-in-deutschland-zum-vertrauen-in-die-bundeswehr/>

² Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur (dpa)

dürften unerfüllbare Pläne bleiben. Fragen sollten wir uns auch, was unsere osteuropäischen und baltischen Nachbarn davon halten. Es verwundert nicht, dass diese gerade den Amerikanern Tür und Tor öffnen. Von wegen Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit, selbst in Anbetracht des Krieges ist ein Weg dahin nicht in Sicht.

Angesichts dieser Tendenzen wird es einer großen Überzeugungskraft der politischen Eliten bedürfen, wenn im Interesse eines höheren Wehretats andere Ausgaben zurückgestellt werden müssen. Zugespitzt: Wie wird die Bevölkerung reagieren, wenn für zusätzliches Geld Panzer beschafft werden sollen, aber der Bau von Kindergärten zurückstehen muss? Haben die heute Regierenden die Kraft eines Helmut Schmidt, der in den 1980er Jahren gegen den mehrheitlichen Willen seiner SPD aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses die Nachrüstung mit Mittelstreckenwaffen durchzusetzen hatte? Kanzler Schmidt hat bekanntlich Kurs gehalten und in der Folge sein Amt als Regierungschef an Helmut Kohl verloren.

Nun ist die Lage von Bundeswehr und Gesellschaft wie sie ist, die Sicherung unseres Wohlstandes wie auch des Sozialstaates funktionieren nicht ohne äußere (und innere) Sicherheit. Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie verlangt nach einem höheren Stellenwert des Militärischen, auch die Bündnispartner verlieren zunehmend die Geduld mit den Deutschen. Die völlig unzureichende Materialausstattung unserer Armee erfordert eine bessere Finanzierung, die desolante Nachwuchslage mehr Personal. An welchen Hebeln sollte also angesetzt werden, um die Gesellschaft in die als notwendig erkannte Richtung zu bewegen?

Im Zuge der Diskussion des Heizungsgesetzes hat Kanzler Scholz eine erstaunliche Bemerkung gemacht, die m.E. auch bei dieser Frage weiterhelfen kann. Seiner Auffassung nach sollte das Gesetz so gut sein, dass damit auch eine Volksabstimmung gewonnen werden könnte. Dahinter dürfte die Erkenntnis stecken, dass auch in unserer repräsentativen Demokratie nicht auf Dauer am Willen des Volkes vorbei regiert werden kann. Mit dem oft gehörten Reflex aus den politischen Parteien, wir müssen unsere Pläne nur gut genug erklären, ist es jedenfalls nicht getan. Politische Führung ist gefragt, Kanzler und Minister müssen sich für ihre Überzeugungen ins Zeug werfen, diese klar benennen und auch gegen Widerstände dafür eintreten. In einer pazifistisch geprägten Gesellschaft, in der man lieber im ungefähren und unverbindlichen bleibt, ein hehres Unterfangen. Wenn aber keiner für die strategisch entscheidende Frage der Fähigkeit zur militärischen Verteidigung kämpft, wird unsere Nation scheitern.

In einigen Bereichen wird man ganz vorne anfangen müssen, womit in diesem Fall Schulen und Universitäten gemeint sind. Von dort her werden nach wie vor Signale ausgesendet, die nicht angehen. Wie kann es sein, dass von Kultusbehörden akzeptiert wird, dass auch heute noch Jugendoffiziere der Bundeswehr an Schulen unerwünscht sind? Derart pazifistische Auswüchse einer selbstgerechten und sich selbst genügenden Gesellschaft dürfte es in kaum einem anderem Land dieser Erde geben. Im Gegenteil

spricht alles dafür, dass Jugendoffiziere die Herausforderungen unserer bündnisorientierten Sicherheitspolitik an weiterführenden Schulen vermitteln. Notwendig scheint dies nicht nur für die Jahrgangsstufen 9-13, sondern auch für einen großen Teil der Lehrerschaft. Lehrpläne zur politischen Bildung ohne einen Anteil Sicherheitspolitik sind überholt, die Krisen dieser Welt verlangen nach Einordnung und Erklärung. Ähnliches gilt für Wehrdienstberater. Es ist nichts Verwerfliches daran zu erkennen, an Schulen und Universitäten für den Dienst in den Streitkräften zu werben. Was Personalwerber der Deutschen Bahn und anderen erlaubt ist, sollte für den militärischen Dienst billig sein. Lassen wir uns nicht von der erwartbaren Unterstellung von pazifistische Seite irritieren, dies stelle eine Militarisierung der Gesellschaft dar.

An Universitäten und Hochschulen ist die Lage nicht wesentlich anders. Auch dorthin gehören im allgemeinen Informationsangebot Kurse, die sich im Rahmen politischer Bildungsarbeit mit Außen- und Sicherheitspolitik befassen. Zuletzt hat CDU-Fraktionschef Friedrich Merz einen ungehinderten Zugang der Streitkräfte zu Schulen und Universitäten gefordert. Er verlangt zurecht, die Bundeswehr „wieder einen Platz in der Mitte der Gesellschaft einnehmen“ zu lassen. Hierzu gehört die Aufhebung sogenannter Zivilklauseln, die militärische Forschung an Hochschulen verbieten. Derartige Bestimmungen untersagen etwa militärische Forschung oder die Einwerbung von Drittmitteln für wissenschaftliche Untersuchungen. Auch Unis leben von Steuergeld, das nur reichlich fließen kann, wenn sich die soziale Marktwirtschaft unter sicheren Randbedingungen entfalten kann.

Alles in allem sprechen darüber hinaus gute Gründe dafür, nach der leichtfertig verlorenen Wehrpflicht eine für beide Geschlechter geltende Allgemeine Dienstpflicht einzuführen. Neben Schulen und Universitäten muss genau dort angesetzt werden, um den Gemeinschaftsgeist wieder zu stärken. Hierzu wurde im Leitartikel in Heft 1/2023 bereits Stellung bezogen, das gilt unverändert weiter. Gehen wir also mit neuen Wegen zurück zu alten Prioritäten. Sorgen wir für ein stärkeres WIR zulasten des ICH. Allein die Durchhaltefähigkeit unserer Zivilisation für Krisenlagen duldet keinen weiteren Aufschub. Andernfalls droht uns der nächste Sturm umzublasen.

In Treue fest!



Richard Drexel
Oberst a.D.